

Pauenschlag am Donnerstag No. 40/2009 vom 8. Oktober 2009

Die Ruhe vor Schwarz-Gelb

Die wahlwilligen Wahlberechtigten haben am 27. September 2009 eine Koalition aus CDU, FDP und CSU möglich gemacht.

Auch wenn ich mir nicht vorstellen kann, dass sich die Mehrzahl meiner Mitbürger von einer schwarz-gelben Regierung eine Verbesserung ihrer Situation verspricht, ich will am Ergebnis der Auszählung nicht zweifeln.

Seitdem herrscht grummelige Ruhe.

Anfang dieser Woche haben die Koalitionsverhandlungen offiziell begonnen. Das Wenige, was bisher zu hören war, ist für mich nicht aufregend, weil durchaus absehbar. Mich regt eher auf, dass sich die Mehrheit, die für Schwarz-Gelb gestimmt hat, nicht aufregt.

Dass sich diese Mehrheit nicht darüber aufregt,

- dass Angela Merkel weiterhin das Amt des Bundeskanzlers ausüben wird,
- dass Guido Westerwelle voraussichtlich Außenminister werden wird,
- dass die SPD-Minister allesamt aus der Regierung ausscheiden,
- dass zu Guttenberg als Minister auch in die neue Regierung eintreten wird, und
- dass die Bundeswehr noch lange in Afghanistan bleiben wird,

das ist noch verständlich. Das war ja angekündigt, das haben sie ja gewollt - **aber**,

- dass der Gesundheitsfonds bleibt,
- dass der Überwachungsstaat nicht zurückgefahren, sondern eher noch ausgebaut werden soll,
- dass es eine "große" Steuerreform in dieser Legislaturperiode nicht geben wird

das haben doch zumindest die FDP-Wähler nicht gewollt - **und**,

- dass das Milliardenloch des Gesundheitsfonds voraussichtlich durch Zuzahlungen der Patienten (ohne Beteiligung der Arbeitgeber) gestopft werden soll,
- dass der Bundeszuschuss zu den Sozialversicherungen insgesamt geringer ausfallen wird als in der Vergangenheit,
- dass dennoch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer unvermeidlich scheint,

das müsste doch die CDU/CSU-Wähler auf die Palme bringen, denen zwar kaum etwas versprochen wurde, aber eben doch, dass es keine Mehrbelastungen für die Bürger geben soll, sondern, ganz im Gegenteil, dass irgendwann und irgendwie in diesen vier Jahren die Einkommensteuer gesenkt werden wird.

Schwamm drüber.

Eine Woche vor der Wahl haben der scheidende Finanzminister Steinbrück und sein möglicher Nachfolger doch schon einmal ansatzweise die Wahrheit gesagt.

Aber da saßen die Mehrheiten offenbar nicht vor dem Fernseher, und die Mehrheiten haben sich auch nicht die Zeit genommen, diese Aussagen in der FAZ nachzulesen. Die Mehrheiten haben wohl nichts anderes gehört, gesehen und gelesen, als mehr oder minder große Plakate mit aussagefreien Bildern und Sprüchen, mehr oder minder ansprechende Wahlwerbepots der Parteien und mehr oder minder wahrheitsgemäße, jedoch aufs wahltaktisch Opportune zugeschnittene Warnungen und Verheißungen von Experten aller Art.

Eine Woche vor der Wahl

- hat Noch-Finanzminister Peer Steinbrück angekündigt, dass er im Jahr 2010 100 Milliarden neue Schulden machen müsse - falls er dann noch Finanzminister sei (im Haushalt für 2010 stehen bisher nur 90 Milliarden)
- hat Noch-Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gesagt: „Es werden Jahre werden, wo gespart werden muss und manches Liebgewonnene auf den Prüfstand muss.“
- hat eben dieser zu Guttenberg erklärt, die Haushaltskonsolidierung habe **zwar** oberste Priorität, Einkommensteuersenkungen von rund 14 Milliarden Euro zur Entlastung der Mittelschicht seien durchaus möglich. (Anmerkung: Allerdings sind das 14 Milliarden, die Steinbrück in seinen 100 Milliarden noch gar nicht berücksichtigt hat.)
- hat Steinbrück erklärt, es sei illusorisch, alle Probleme über Wachstum lösen zu wollen. Es werde nur langsam steigende Wachstumsraten geben, gegebenenfalls werden Verteilungskonflikte nicht ausbleiben.

hat Peter Ramsauer erklärt, CDU und CSU hätten seit Monaten gemeinsam geplant, die Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Handwerksbetriebe wie Friseure und für Hotels und Gaststätten zu senken und die Einkommensteuer in zwei Schritten ebenfalls. Wörtlich: „Man darf den aufkeimenden Aufschwung nicht kaputt sparen“

Diese Aussagen bräuchte eigentlich niemand zu kommentieren, wäre die Mehrheit in diesem unserem Lande in der Lage, daraus selbst Schlüsse zu ziehen. Das ist sie aber offenkundig nicht. Man muss daher zumindest einige Fragen vorgeben, ohne die das Denken der Mehrheit offenbar nicht in Gang kommt:

- Wo sieht Ramsauer einen Aufschwung aufkeimen? Von welchem Schwindler hat er sich die Kristallkugel andrehen lassen, aus der er seine Prognosen bezieht?

- Wie wollen die FDP und die CDU/CSU ihre Steuersenkungen finanzieren, die mit 14 (CDU) bis 35 (FDP) Milliarden zu Buche schlagen sollen?
- Wie soll der Haushalt konsolidiert werden, wenn dieses Jahr knapp 50 Milliarden, nächstes Jahr über 100 Milliarden und 2011, 2012 und 2013 jeweils mindestens weitere 50 Milliarden neuen Schulden schon heute als unvermeidlich gelten?

Ja, wir kennen die wohlfeile Antwort, von der sich die Mehrheit übertölpeln ließ:

Wachstum.

Wachstum löst alle Probleme.

Nehmen wir die kleinstmögliche runde Zahl für die Neuverschuldung bis 2013, dann sind das alleine für den Bund 300 Milliarden Euro. Um die wieder zu tilgen bräuchte man, von den laufenden Zinslasten ganz abgesehen, irgendwann diese 300 Milliarden als zusätzliche Steuereinnahmen in der Kasse.

Nun nimmt der Bund aber leider gar nicht so sehr viele Steuern ein.

Nach der Steuerschätzung vom Mai 2009 werden es dieses Jahr gerade einmal 225, 5 Milliarden Euro sein. Der Finanzbedarf des Bundes liegt aber, auch nach Privatisierungserlösen und Bundesbankgewinn, immer noch rund 50 Milliarden höher.

Unter der sehr optimistischen Annahme, dass die Steuereinnahmen im gleichen Maße wachsen, wie das BIP, wäre also schon für einen "nur" ausgeglichenen Haushalt, ohne weitere Privatisierungserlöse und ohne Tilgung der 300 Milliarden Neuverschuldung ein sprunghaftes, sofort wirksames Wirtschaftswachstum von 22 % erforderlich. Wollte man die jetzt aufzunehmenden 300 Milliarden ab 2014 im Laufe von 10 Jahren tilgen, um auf den Schuldenstand von 2008 zurückzukehren, wäre entweder ein sprunghaftes Wirtschaftswachstum von 36 Prozent erforderlich - mit folgenden 9 Jahren Null-Wachstum, oder über 10 Jahre eine jährliche Wachstumsrate von mindestens 7 Prozent.

Im Szenario mit jährlichem Wachstum von 7 Prozent würden bis 2017 immer noch rund 135 Milliarden neuer Schulden auflaufen, bis das Wachstum dann jene Schwelle überschritten hätte, ab der tatsächlich getilgt werden könnte, und zwar:

14 Milliarden 2018,
 36 Milliarden 2019,
 61 Milliarden 2020,
 87 Milliarden 2021,
 115 Milliarden 2022,
 145 Milliarden 2023.

Wie gesagt, alles unter der optimistischen Annahme, Steuereinnahmen und BIP wüchsen im gleichen Maße.

Realistisch betrachtet ist zunächst einmal eine Steigerung des BIP um jährlich 7% über einen Zeitraum von 10 Jahren als pure Fantasterei zu bezeichnen.

10 Jahre ununterbrochen jährlich 7 Prozent bedeuten im Ergebnis eine Verdoppelung des BIP. Die dafür erforderlichen Produktivitätszuwächse sind weit und breit nicht zu erkennen, und sollte die Produktivität jährlich um 7% wachsen, wird sich das derzeitige Preisniveau nicht in dieser Höhe halten lassen. Umsätze sind schließlich nicht nur von den Kapazitäten der Produzenten abhängig, sie erfordern gleichzeitig einen kaufkräftige Nachfrage, also Geld.

Geld, das es im Inland nicht geben wird, weil die Löhne mit der Produktivitätsentwicklung nicht Schritt halten, sich eher immer noch weiter gegenläufig entwickeln müssen, da der unzureichende Zuwachs der Löhne im Inland Voraussetzung für den Absatz auf den Weltmärkten ist, wo in Deutschland produzierende Exporteure in vielen Bereichen mit Entwicklungs- und Schwellenländern in Preis- und folglich auch in Personalkosten- Konkurrenz stehen.

Wenn aber kaum nennenswerte Veränderungen bei den Löhnen - und damit bei der Inlandsnachfrage - zu erwarten sind, werden auch weder die Mehrwertsteuer (ungefähr 1/3 des gesamten Steueraufkommens) noch die Lohnsteuer (ungefähr 1/4 des gesamten Steueraufkommens) höhere Einnahmen bringen können. Auch bei den Bundessteuern wie Öko-, Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuer einschl. Solidaritätszuschlag (ungefähr 1/6 des gesamten Steueraufkommens) sowie bei den Länder- und Gemeindesteuern, wie Gewerbe-, Grund-, Erbschafts- und Vermögenssteuer ist keine zusätzliche Einnahmequelle für den Fiskus zu erwarten.

Lediglich die veranlagte Einkommensteuer und die Abschlagsteuer auf Kapitalerträge, zusammen weniger als 10% des gesamten Steueraufkommens, könnten, aufgrund gestiegener Unternehmensgewinne und Kapitalerträge einen nennenswerten Zuwachs verzeichnen.

**Um damit aber die jährliche
Steigerung des Steueraufkommens um 7%
zu realisieren, müssten Einkommens- und Abgeltungssteuer
10 Jahre lang um jährlich 25 Prozent steigen.**

Damit das gelingen kann, müssten entweder die Unternehmensgewinne um jährlich 25% steigen, oder die Steuersätze entsprechend angepasst werden.

Ersteres ist bei jährlich 7% Wachstum kaum möglich, letzteres würden sich die Einkommensteuer- und Abgeltungssteuerzahler nicht gefallen lassen.

**Aber Wachstum muss ja nicht unbedingt
preisbereinigt betrachtet werden.**

Wir werden uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass die Formel, die in diesen Tagen in den Koalitionsverhandlungen in wirtschafts- und fiskalpolitischen Diskussionen am intensivsten bemüht wird, so lautet:

Inflation = Wachstum

Die Grundlagen dazu sind mit der ungehemmten und unverantwortlichen*) Geldvermehrung zur Bankenrettung gelegt. Wir sprechen noch von der Finanzkrise und der Immobilienblase und sind doch längst im Endstadium der "Geldblase" angekommen.

*) Geld zu schöpfen, dem kein realistischer Wert gegenübersteht, ist unverantwortlich.

Mit dieser Art von "Wachstum" kann jede Regierung darauf bauen, dass sich alte Schulden durch viel neues, inflationäres Geld leicht tilgen lassen. Ein probates, oft erprobtes, Mittel - ungefähr so wirkungsvoll, wie die Verordnung eines Laxativs bei Diarrhoe.

Wenn allgemein die Preise steigen, steigen - ein Rest gewerkschaftliche Wirkens ist ja immer noch lebendig - auch die Löhne. Also steigen die Aufkommen der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer und aller weiteren Konsumsteuern. Man muss nur darauf achten, dass die Staatsausgaben nicht im gleichen Maße steigen.

Sichere Renten sind Renten, die nicht sinken. 783 Euro sind auch in 10 Jahren noch 783 Euro. Für die Kaufkraft der Rente sind die Rentner selbst verantwortlich.

Gleiches gilt für das Arbeitslosengeld II. Gekürzt wird nicht. Für die Kaufkraft sind die Hilfe-Empfänger selbst verantwortlich.

Die Reihe der Beispiele der Leistungskürzung per Inflation ließe sich fortsetzen, wie auch die kalte Progression im Lohn- und Einkommensteuertarif immer wieder dafür sorgt, dass der Finanzminister von der Inflation profitiert.

Weitere Ersparnisse in den Öffentlichen Haushalten lassen sich durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben erzielen...

Dennoch wird uns der Inflations-Voodoo-Zauber am Ende um die Ohren fliegen. Lange bevor der Abbau der alten und neuen Schulden auch nur ansatzweise realistisch möglich sein wird. Die Rechnungen, die uns vorgesetzt werden, gehen einfach nicht auf.

Die Zinsen für die Staatsschulden werden nicht vom Staat bestimmt, sondern von den Bankern. Die Preise für Platzpatronen und scharfe Munition jedes Kalibers werden nicht vom Staat bestimmt, sondern von den internationalen Rüstungskonzernen. Die Personalkosten der Öffentlichen Hände, einschließlich der Pensionslasten, lassen sich nicht von der allgemeinen inflationären Preisentwicklung abkoppeln - auch der Posten, der für die Netto-Zahlungen an die EU-Kasse zu berappen ist, wird mit dem Sinken des Geldwerts steigen und die Diäten der Abgeordneten und Regierungsmitglieder werden zu allererst steigen, wenn das Leben teurer wird.

Da die Billionen Dollar und Euro, die den Bankern und ihren Anlegern in den Rachen geworfen wurden und dort jetzt als staatlich gesicherte Guthaben liegen, jede vernünftige Relation zwischen dem Angebot von Gütern und Leistungen auf der einen Seite und der Geldmenge auf der anderen Seite endgültig gesprengt haben, steht der Staat vor der Wahl zwischen Pest und Cholera.

Entweder auf ewige Zeiten für untilgbare Schulden Zinsen zu zahlen, und damit die Handlungsfähigkeit des Staates zu ruinieren, also den Schrecken ohne Ende wählen, was aber nur ein Aufschieben unter ständig steigendem Leidensdruck bewirkt, oder die galoppierende Inflation - also den Crash - zügig herbeizuführen, also sich gleich für das Ende mit Schrecken zu entscheiden.

Die Chance, dass die globalisierten Finanzmärkte der deutschen Regierung diese Entscheidung bald abnehmen werden, ist hoch. Die Hoffnung, dass bis dahin wieder eine Regierung von Sozialdemokraten und Linken in der Verantwortung sein wird, der man die Schuld in die Schuhe schieben kann, ist gleich mehrfach unbegründet.

Der Crash wird nämlich nicht darauf warten, dass die linken Kräfte in dieser Republik sich einigen. Warum auch?

Mit Schwarz-Gelb, als dem wirtschaftskompetentestem Brandbeschleuniger aller Zeiten, crasht es sich doch viel heftiger.

Übrigens:

"Falschgeld - Die Herrschaft des Nichts über die Wirklichkeit" das neue Buch von Samirah Kenawi im EWK-Verlag ist in der ersten Auflage drei Tage nach dem Erscheinen bereits vergriffen.

Die nächste Lieferung der Druckerei wird am 14. Oktober bei uns eingehen. Wenn Sie jetzt bestellen, werden Sie Ihr Exemplar voraussichtlich am 16. Oktober erhalten.